

Potsdam, den 07.09.2010

Offener Brief

Betr.: Objekt – Am Babelsberger Park 15 (Wir nennen es „la datscha“)

Sehr geehrte Interessierte!

Am 26. September 2010 wird die datscha zwei Jahre alt. Während das für uns ein Grund zum Feiern ist, denn wer hätte vor zwei Jahren schon gedacht, dass ein neu besetztes Haus solange bestehen würde, scheint bei anderen immer noch Unverständnis über dieses unkonventionelle Projekt vorzuherrschen und ein Unvermögen mit eben diesem umzugehen. Denn normalerweise erhalten Geburtstagskinder Geschenke und nicht, wie in unserem Fall geschehen, unliebsame Rechnungen. Wir sollen, so will es der „Kommunale Immobilienservice“, Grundsteuer, Wasser und Gebäudeversicherung für die letzten zwei Jahre nachzahlen, alles in allem rund 350 Euro.

„Nun gut“, werden da einige sagen, „dass ist ja auch okay, denn was ihr verbraucht, müsst ihr auch bezahlen!“ Ähnlich würden wir das auch sehen, wenn nicht die Rechnungen, die wir erhalten haben die bisher erste und einzige Kommunikation mit „unserem Besitzer“ wären, die in der Art der Formulierung den Schluss zulassen könnten, dass wir schon Mieter des Hauses wären und nur Vergessen haben unsere Miete, bzw. Nebenkostenabrechnung zu bezahlen.

Unter den wenigen Abmachungen, die wir kurz nach der Besetzung mit einigen Vertretern der Stadt Potsdam getroffen haben, gab es auch die, dass zukünftige Abmachungen und Anfragen über einen Vermittler laufen sollten, den wir namentlich mit dem Stadtverordneten Lutz Boede benannt haben. Eine Kommunikation über den vereinbarten Weg hat bis heute nicht stattgefunden, da wir zum einen ganz zufrieden mit der Situation als besetztes Haus waren und noch sind und von städtischer Seite offensichtlich kein Redebedarf zu bestehen schien. Stattdessen hat sich die Stadt Potsdam nun dazu entschieden ein politisches Problem, denn genau das sind wir, an eine vorgelagerte Gesellschaft (den Kommunalen Immobilienservice) abzuschieben, wahrscheinlich in der Hoffnung, dass sich dieses, ohne größere Wellen zu schlagen, lösen ließe. Die Rechnungen erhielten wir über eine uns bekannte Rechtsanwältin.

Aber worum geht es eigentlich? Darum, dass wir in den letzten zwei Jahren Kosten im Wert von 350 Euro verursacht haben und nun einfach nur die Rechnung bezahlen sollen? Oder geht es darum uns, falls wir die Rechnung bezahlen sollten, schleichend zu legalisieren, ohne sich in der Öffentlichkeit die Blöße geben zu müssen, mit Hausbesetzern verhandelt zu haben. Spielt vielleicht auch das Kalkül eine Rolle, über den formellen Weg an Namen zu kommen, um gegebenenfalls stellvertretend Strafanzeige gegen einige von uns erstatten zu können?

Wir wissen es nicht und können nur mutmaßen. Weil wir aber misstrauisch sind und aus der Potsdamer Geschichte der letzten zwanzig Jahre gelernt haben, dass selten ein konstruktiver Dialog zwischen Stadtverwaltung und Hausbesetzern existierte, sondern meistens die Polizei die sozialen Probleme löste, werden wir nicht nach dem Strohalm greifen, der Legalisierung bedeuten könnte. Die datscha ist aus dem Unvermögen einiger Politiker entstanden, die sozialen und kulturellen Probleme dieser Stadt zu lösen. Wer sich auf der einen Seite mit Stadtschloss, Garnisonskirche und Stadtkanal Denkmäler setzen will, sollte auf der anderen Seite nicht vergessen, dass in dieser Stadt auch Menschen leben. Wer das aber vergisst, muss mit deren Widerstand rechnen und wir sind Teil dieses Widerstandes, der sich nicht nur in Form der Freiraumproblematik artikuliert hat. Es geht genauso um überregulierte Parks, wie um den Uferweg in Griebnitzsee. Es geht um Sportplätze und noch mehr um Wohnraum. Diese Stadt wird zusehends auf Menschen ausgerichtet, die das Geld haben, um hier zu leben, die gerne sehen, wenn Parks nicht als Spielplätze dienen, sondern als quasi preußisches Museum. Denen offensichtlich das Hausprojekt Archiv oder die Wagenburg in Hermannswerder in ihrem Empfinden von schöner Wohnen im Wege sind. Alle diese Probleme wurden und werden selten durch Dialoge gelöst, sondern durch harte Auseinandersetzungen, an denen wir in den letzten zwei Jahren teilgenommen haben.

Das Freilandprojekt mit denen sich PolitikerInnen jetzt schmücken, gäbe es wohl kaum ohne zwei, für Potsdamer Verhältnisse, riesige Demonstrationen, die Besetzung des Stadtrates im November 2009 und vielleicht auch nicht ohne die Besetzung der datscha (vorher als „Villa Wildwuchs“ bekannt). Wir sind u.a. die, denen „unser“ Bürgermeister Jan Jakobs Nazimethoden vorgeworfen hat, während er versuchte, das „Jugendkulturproblem“ bei der Räumung der Skaterhalle mittels einer Berliner Hundertschaft zu lösen. Das alles hängt mehr zusammen, als einige Leute in Politik und Verwaltung wahrhaben wollen. Aber weil das so

ist, werden wir nichts im stillen Kämmerlein verhandeln, sondern dafür sorgen, dass der „Sachverhalt“ datscha in der Öffentlichkeit thematisiert und diskutiert wird.

Als wir die „Villa Wildwuchs“ besetzten, rechneten wir damit nur wenige Tage im Haus bleiben zu können. Daraus sind inzwischen zwei Jahre geworden, in denen wir ein lebendiges, linkes Kulturzentrum aufgebaut haben, das von vielen sehr unterschiedlichen Menschen genutzt wird. Der Zuspruch, den wir auch aus der Bevölkerung, z.B. aus Zentrum Ost, bekommen, macht uns Mut, dass es nicht so einfach sein wird uns kurzerhand abzuwickeln. Wir haben ein Haus in dem Bewusstsein besetzt, dass wir geräumt werden könnten. An dieser Einstellung hat sich auch nach zwei Jahren nichts geändert. Was sich verändert hat, ist die Außenwirkung und Anziehungskraft der datscha. Viele Menschen werden sich nicht so einfach das Haus, den Strand davor oder den Beachvolleyballplatz als wichtigen und lebendigen Orte aus ihrem persönlichen Stadtplan streichen lassen.

Wir erinnern uns sehr gut an den Wirbel nach den Räumungen des „Archivs“ (1997), des „Boumanns“ (2000) und der „Breiti“ (2001). Die Verantwortlichen der Stadtverwaltung und des Kommunalen Immobilienservices müssen sich fragen lassen, ob sie ähnliche Szenen wollen, nur wegen einer Rechnung von 350 Euro, oder ob sie an einem Dialog interessiert sind, der aber aus unserer Sicht erst beginnen kann, wenn öffentlich eine Duldung unseres Projektes ausgesprochen worden sein sollte. Wir sind gerne bereit Nebenkosten, die wir verursachen, zu bezahlen, aber nicht aus der Vergangenheit, sondern ab einem Nullpunkt den wir gemeinsam setzen müssten. Wir werden keine Miete bezahlen, für ein Haus, das zum Abriss bestimmt war und dessen Grundstück als Erweiterung des Park Babelsberg dienen sollte.

Für den Fall, dass es zu keinem Dialog kommen sollte, werden wir unseren Teil dafür tun, mit anderen gefährdeten Projekten, wie der Wagenburg auf Herrmannswerder oder dem besetzten Haus in der Zeppelinstr. 29 Druck auf der Straße auszubauen und dafür sorgen, dass es wieder eine Debatte um linke Projekte geben wird, die dann hoffentlich damit enden wird, dass wir alle da bleiben können, wo wir jetzt sind!!

Datscha bleibt! Wagenburg bleibt! Zeppi 29 bleibt! WIR BLEIBEN ALLE!!!!